

## Anfragen zum Plenum in der 49. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo ist die Begrifflichkeit „Referenzenergiewindanlagen“ definiert, die im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (Stand 15.11.2022) auf Seite 108 genannt ist, wo eine aktuelle Liste solcher Referenzenergiewindanlagen einsehbar ist und wer für die Fortschreibung einer solchen Referenzliste zuständig ist bzw. sein soll?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der angekündigten 1 000 Professuren wurden inzwischen besetzt, welche davon beschäftigen sich mit Themen an der Schnittstelle von Digitalisierung und Nachhaltigkeit, und mit welchen Maßnahmen unterstützt die Staatsregierung den Transfer der dort entwickelten Erkenntnisse in die breite Anwendung?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bereiche der Justiz (Zivilgerichte, Arbeitsgerichte, Finanzgerichte, Sozialgerichte, Verwaltungsgerichte, Verfassungsgerichtshof, Strafgerichte, Staatsanwaltschaften, Generalstaatsanwaltschaften und Landesanwaltschaften) sind derzeit in das beA (besonderes elektronisches Anwaltspostfach) kommunikativ sicher eingebunden bzw. wie und in welchem Zeitraum (konkreter Zeitplan) beabsichtigt die Staatsregierung die Einrichtung und Sicherstellung der Kommunikation dieser Bereiche?

**Oskar Atzinger**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrer an staatlichen Schulen aller Schularten im Freistaat Bayern sind dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus für das Schuljahr 2021/2022 bekannt (bitte auch die Konsequenzen darlegen), bei wie vielen der Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrer liegt dabei ein Verstoß gegen § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) und hierbei i. S. des Art. 2 Abs. 1 S. 1 Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) i. V. m. Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz (GG) vor, insbesondere hinsichtlich der Ausübung der Meinungsfreiheit von Schülern im Unterricht ohne Nachteilsnahme gemäß Art. 5 GG i. V. u. Art. 131 Abs. 1 Verfassung des Freistaates Bayern (BayVerf) und insoweit Art. 2 Abs. 1 BayEUG und welchen

Schularten sind diese Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Lehrer im Schuljahr 2021/2022 im Einzelnen zuzuordnen?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der BT-Drs. 19/31832 und der bayerischen Drs. 18/9283 und 18/9581 und dem zugrunde liegenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 5. Mai 2020 zum Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (PSPP-Urteil) sowie der daraufhin erfolgten Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland am 9. Juni 2021 durch die EU-Kommission und der dann erfolgten Einstellung dieses Verfahrens nach einer Stellungnahme der Bundesregierung von 2. Dezember 2021, gemäß EU-Kommission beinhaltend die Aussage „(...) verpflichtet sich die deutsche Regierung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf ihre in den Verträgen verankerte Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um in Zukunft eine Wiederholung einer Ultra-Vires-Feststellung aktiv zu vermeiden“ frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat sie über diese vom Bund, sich selbst und auch der Staatsregierung o. g. auferlegten Verpflichtung, welche Position hat sie zu diesem meiner Ansicht nach selbst auferlegten Wegschauen des Verfassungsorgans Bundesregierung im Verfassungsorgan Bundesrat bisher bezogen (bitte diesbezügliche Anträge offenlegen) und aus welchen Gründen bei diesem meiner Ansicht nach selbst auferlegten Wegschauen des Verfassungsorgans Bundesregierung und ggf. des Verfassungsorgans Bundesrat und der daraus zwangsweise resultierenden Nichtbefassung des Bundesverfassungsgerichts mit weiteren, tatsächlich bestehenden Ultra-Vires-Situationen, dann für diese Ultra-Vires-Situationen zur Sicherstellung des Rechtsschutzes der Bürger in Bayern der Verfassungsgerichtshof subsidiär zuständig wird oder nicht zuständig wird, um das Grundrecht der Bürger Bayerns auf einen lückenlosen Rechtsschutz auch bei neuen Ultra-Vires-Situationen sicherzustellen?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund mehrerer Medienberichte zu kürzlich durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen bei mutmaßlichen Mitgliedern der rechtsextremen „Neue Stärke Partei“ (NSP), von denen eine auch in München stattfand, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über die Strukturen und Aktivitäten der „Neuen Stärke Partei“ in Bayern hat, welche Informationen ihr über Verstöße von Anhängern der Partei gegen das Waffengesetz oder Kriegswaffenkontrollgesetz vorliegen und welche Erkenntnisse sie zur Planung rechtsterroristischer Anschläge durch Mitglieder der Partei hat?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit dem Start der Alpenbuslinie von Rosenheim bis Murnau („landesbedeutsame Linie“ mit Bezuschussung durch den Freistaat) zu rechnen, wie soll die Stadt Rosenheim zu einer Zustimmung bewegt werden, nachdem sie dies bislang von einer höheren finanziellen Beteiligung durch den Freistaat abhängig macht, und wie möchte sie mit einem eventuellen ablehnenden Beschluss der Stadt Rosenheim zu einer

finanziellen Beteiligung umgehen, um die Linie dennoch starten zu können?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fahrtausfälle (bitte absolut sowie prozentual ggü. Vorjahr angeben) gab es bisher im Jahr 2022 auf den Regionallinien des SPNV (Schienenpersonennahverkehr) durch den Landkreis Würzburg, also RB80 (Verstärkerfahrten Würzburg-Marktbreit), RB79 (Verstärkerfahrten Würzburg-Kitzingen) sowie RB85 (Würzburg-Osterburken), welche Gründe liegen dafür vor und welche Maßnahmen ergreift sie, um gegenüber den beauftragtem Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) eine vertragsgemäße Leistungserfüllung durchzusetzen?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Coronaselbsttests kamen seit Beginn der Testpflicht als Voraussetzung für den Schulbesuch an Bayerns Schulen bei Schülern zum Einsatz und wie viele dieser Coronaselbsttests wiesen dabei ein positives Ergebnis aus (bitte jeweils aufgeschlüsselt nach der Anzahl sowie unter Aufschlüsselung nach Regierungsbezirken, einzelnen Landkreisen und Schulen) und in welcher Höhe entstanden Kosten im Rahmen dieser Coronaselbsttests (bitte unter Angabe des bis dato aufgelaufenen Gesamtbetrages und unter Aufschlüsselung nach Regierungsbezirken, einzelnen Landkreisen, Schulsprengeln und Schulen und noch nicht benutzter Tests in den Schulen und in sonstigen Lagern)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Zugleistungen bestellt die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) für die Reaktivierungsstrecke „Staudenbahn“ zwischen Gessertshausen und Langenneufnach (bitte unter Angabe des Zeitpunkts), ist ein Personenverkehrs-Betriebsstart Anfang 2027 weiterhin realistisch und was unternimmt sie, um eine rasche Elektrifizierung der Bahnstrecke Augsburg – Buchloe noch in diesem Jahrzehnt zu ermöglichen?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wird die Korrektheit der nachträglichen Berechnung des tatsächlichen Liquiditätsengpasses, die die Empfänger der Soforthilfe über den Onlinerechner des Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) eigenverantwortlich durchführen, überprüft, gibt es weitere Branchen, die analog zur Pflegebranche erhaltene Soforthilfe bereits in Abzug gebracht haben und dies einfach über Dokumente nachweisen können und warum werden im aktuell laufenden freiwilligen Rückmeldeverfahren keine Zahlen und Belege verlangt, im geplanten verpflichtenden Rückmeldeverfahren aber schon?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Nachdem viele Bürger die immer weiter steigenden Energie- und Stromkosten nicht mehr bezahlen können und dazu die Strompreiserhöhungen zum neuen Jahr kommen, frage ich die Staatsregierung, wie vielen Bürgerinnen und Bürgern wurde 2021 in Niederbayern seitens der Stromanbieter der Strom abgeschaltet (bitte nach Landkreis und Monat aufschlüsseln), wie lange dauerte die Stromabschaltung im Schnitt und welche Maßnahmen ergreift sie,

um von Stromabschaltung betroffene Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zum 1. August 2022 neue Ausbildungsordnungen der gastgewerblichen Ausbildungsberufe in Kraft getreten sind, frage ich die Staatsregierung, inwieweit berufliche Schulen und Ausbildungsbetriebe finanzielle Unterstützung erhalten können, um die fachlich fundierte und praxisnahe Vermittlung der neuen Inhalte zu gewährleisten (etwa durch die Einbindung von speziellen Lernmodulen), ob die personelle und technische Ausstattung der bayerischen Berufsschulen für gastgewerbliche Berufe ausreicht, um die Attraktivität einer Ausbildung in diesem Bereich zu steigern und welche Maßnahmen sie angesichts des sich zuspitzenden Fachkräftemangels aktuell umsetzt, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung in den gastgewerblichen Berufen zu gewinnen?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Disziplinarverfahren und Strafanzeigen (vgl. 4.2 der Veröffentlichung KWMBI. 2014/14 S. 207 vom 23.09.2014) jeweils in den vergangenen drei Jahren im Allgemeinen und im Speziellen mit Bezug auf Fälle sexualisierter Gewalt o. ä. eröffnet bzw. gestellt worden sind (bitte möglichst nach den Deliktarten wie in 4.2 stichpunktartig aufgeführt aufschlüsseln), welche Folgen bzw. welchen Status diese Strafanzeigen und Disziplinarverfahren bislang hatten und ob die Staatsregierung die bestehenden Prozesse, Vorgaben und Mittel für ausreichend im Umgang mit Opfern und Tätern sexualisierter Gewalt an Schulen erachtet (bitte mit Bezug auf die einzelnen vorhandenen Prozesse, sonstigen Vorgaben und Mittel jeweils begründet darstellen)?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem das Verbot für „Untertägige Eingriffe in den Untergrund, auch unterhalb des genutzten Grundwasserleiters, auch wenn diese außerhalb des Wasserschutzgebietes ansetzen“ (Musterverordnung für Wasserschutzgebiete in Bayern 1.6.) – welches es so nur in Bayern gibt – sich als große bürokratische Behinderung bzw. Verhinderung der Geothermie in Bayern darstellt, frage ich die Staatsregierung, sind Einflüsse aus sehr tief liegenden Schichten (2 000 – 5 000 m), in denen die Wasserentnahme und Wasserrückführung für die Geothermie normalerweise erfolgt, auf wasserführende Schichten, die sich normalerweise bis maximal 100 m Tiefe befinden, wissenschaftlich nachgewiesen?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts des Planungsfortschritts, der abgeschlossenen Klageverfahren und der bevorstehenden Nutzen-Kosten-Bewertung des Projektes Straßenbahnlinie 6 in Würzburg frage ich die Staatsregierung, mit welchen Fördermitteln (relativ und absolut) – einschließlich Mitteln aus dem GVFG-Bundesprogramm – beabsichtigt der Freistaat das Projekt zu fördern (bitte unter Angabe der jeweiligen Fördermittel-Anteile in Prozent der förderfähigen Kosten, der Erwägungen zum bayerischen Fördermittel-Anteil und dem vorgesehenen Zeitpunkt für eine endgültige Entscheidung), mit welchem Anteil an dem vorgesehenen Fördermittel-Anteil

wird die Anbindung der Standorte der Universität am Sanderring und Hubland sowie der Hochschule für angewandte Wissenschaften in der Münzstraße und am Alandsgrund berücksichtigt und inwieweit werden Fördermittel in den nächsten Jahren im Staatshaushalt – im Verhältnis zu den Mitteln aus dem GVFG-Bundesprogramm – eingeplant (bitte unter Angabe der für die nächsten fünf Jahre vorgesehenen bayerischen Fördermittel)?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Pläne gibt, den Politik-, Gesellschafts- und Sozialkundeunterricht an Wirtschaftsschulen zu reduzieren (z. B. durch eine Reduzierung der Wochenstunden von bisher zwei auf nur noch eine in der 10. Jahrgangsstufe), wie hoch ganz generell der Anteil an einem solchen Fachunterricht an allen weiterführenden Schulen ist und wie hoch ist der Anteil an Lehrkräften, die ihn fachfremd unterrichten (die letzten beiden Teilfragen bitte aufgeschlüsselt nach Schularten und nach den Fächern Politik-, Gesellschaft und Sozialkundeunterricht beantworten)?

**Prof. Dr. Ingo Hahn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche durchschnittliche Auslastung (Quotient aus installierter Leistung und tatsächlicher Produktion) hatten nach ihrer Kenntnis Windkraft- und Photovoltaikanlagen in den letzten fünf Jahren in Bayern (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Anlagenart und Regierungsbezirk), welche Windkraftanlagen in Bayern liefen in den letzten fünf Jahren defizitär (Erträge unter für den Standort errechneter durchschnittlicher Auslastung; bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk und Anlage) und wie hoch war die Nettostromerzeugung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen in Bayern jeweils im Verhältnis zur installierten Leistung in den letzten 30 Tagen (bitte tagesgenau aufschlüsseln)?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele betreibbare Betten für Kinder, die aufgrund schwerer Infektionskrankheiten wie dem RS-Virus stationär aufgenommen werden müssen, stehen aktuell auf den für das Ostallgäu und den Landkreis Aichach-Friedberg zuständigen Kinder- und Kinderintensivstationen zur Verfügung (bitte nach Kliniken aufschlüsseln), wie viele Übernahmeanfragen mussten bisher abgelehnt werden (bitte auch betreffende Kliniken angeben), und wird auf den zuständigen Kinder(intensiv)stationen bereits Personal aus der Erwachsenenmedizin eingesetzt?

**Elmar Hayn**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche wasserrechtlichen Genehmigungen zur Grundwassernutzung und -entnahme bestehen aktuell (bitte geben Sie den Abschlusszeitpunkt an, die Standorte, Laufzeit, die jährlichen Entnahmemengen und den Verwendungszweck), auf welche Weise werden die Auflagen der Genehmigungen überprüft (bitte Häufigkeit darlegen) und welche Maßnahmen wurden bzw. können bei Verstößen gegen die Auflagen umgesetzt werden?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Angesichts der Hörsaalbesetzung an der Universität Augsburg durch Aktivisten der Gruppe „EndFossil“ frage ich die Staatsre-

gierung, wie sie diese Aktion einordnet (bitte dezidiert rechtlich wie auch gesellschaftspolitisch), wie sie gedenkt, die betroffene Hochschule dabei zu unterstützen mit der Besetzung weiter umzugehen (bitte unter Nennung konkreter Schritte), und welche Handlungsempfehlungen sie den staatlichen Hochschulen insgesamt an die Hand gibt, um bei (möglicherweise) ähnlichen Protestaktionen an ihren eigenen Einrichtungen in angemessener Weise zu agieren?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Staatsregierung die jährlich erzeugte Menge an Karpfen durch die Teichwirtschaft in Bayern (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln), nachdem in der Drs. 18/6591 die erzeugte Menge für 2018 mit 1 891 Tonnen für Bayern angegeben wurde, auf der Website der LfL <sup>1</sup> aber eine Erzeugung von 6 000 Tonnen pro Jahr für Bayern angegeben ist, wie hoch waren die Entschädigungszahlungen für Fischotterschäden in den Jahren 2016 – 2021 in Bayern (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln) und werden aus dem Titel 697 88-5 des Einzelplans 08 des Entwurfs des Haushaltsplans für 2023 ausschließlich Fischotterschäden und keine durch andere Wildtiere entstandenen Schäden an landwirtschaftlichen Nutztieren entschädigt?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit die zusätzlichen Mittel in Kapitel 06 16 mit dem Titel 770 71 in Höhe von 350.000 Euro aus Änderungsantrag mit der Drs. 18/20482 ihrem vorgesehenen Zweck zugeführt worden sind oder zugeführt werden können bzw. ob und wofür diese Mittel nun anderweitig eingesetzt werden sollen, nachdem mit Beschluss des Stadtrats der Stadt Aschaffenburg der Radweg im Park Schönbusch nicht gebaut werden soll?

**Annette Karl**  
(SPD)

Da nach dem derzeit gültigen Landesentwicklungsprogramm die regionalen Planungsverbände in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen festlegen können, frage ich die Staatsregierung, welche regionalen Planungsverbände von diesem Grundsatz unter 6.2.3 des Landesentwicklungsprogramm (LEP) Gebrauch gemacht haben und welcher Flächenanteil (in ha und Prozentanteil zur Gesamtfläche) derzeit in den Gebieten der Planungsregionen als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet Freiflächen-PV ausgewiesen ist?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann rechnet sie damit, dass der Forschungsreaktor FRM II wieder in Betrieb gehen wird, was sind die Gründe für die mehrjährige Verzögerung und ist der Ersatz für den defekten Zentralkanal bereits konkret in Auftrag gegeben?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Haushaltsmitteln stammt die Beteiligung des Freistaates mit bis zu 50 Prozent für die Prüfstände von Elektrolyseuren der Firma Bosch in der Regi-

---

<sup>1</sup> <https://www.lfl.bayern.de/ifi/karpfenteichwirtschaft/>

on Bamberg, welche Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 02.12.2022 bei einer Werkbesichtigung und Betriebsversammlung angekündigt hat, wie viele Wasserstofftankstellen wurden bayernweit in den jeweiligen Jahren von 2018 bis 2022 mit Finanzmitteln des Freistaates unterstützt und welche neuen Erkenntnisse haben dazu geführt, dass sich die Staatsregierung nun zu einer Beibehaltung von synthetischen Verbrennern auch nach 2035 bekennt?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts dessen, dass im vorgelegten Haushaltsentwurf 2023 im Agrarhaushalt nur 1,2 Mio. Euro für Maßnahmen zur Umsetzung des Streuobstpaktes veranschlagt sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Mittel sind im Haushaltsentwurf 2023 im Einzelplan 08 für die Neupflanzung von Streuobstbäumen tatsächlich vorgesehen (eigentlich vorgesehen waren nach Streuobstpakt für Neupflanzungen B 2.5. Mittel von jährlich 4,57 Mio. Euro), aus welchen weiteren Titeln sollen sie erfolgen und reichen die vorgesehenen Mittel aus, um die aktuelle Nachfrage für Neupflanzungen von Streuobstbäumen zu bedienen?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bildungsangebote, die sich explizit mit Antisemitismus auseinandersetzen, über antisemitische Vorurteile aufklären und zum Ziel haben, subtile antisemitische Denkmuster, die immer noch in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet sind, aufzudecken und zu reflektieren, fördert sie, welche davon richten sich explizit an erwachsene Menschen (über 27) und welche Fördermaßnahmen vonseiten der Staatsregierung gibt es für künstlerische und kulturelle Projekte (auch künstlerische und kulturelle Bildungsprojekte), die sich explizit mit jüdischem Leben und Antisemitismus auseinandersetzen?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren Anteil und Summen der durch Staatsministerien und nachgeordnete Behörden vergebenen Aufträge an tarifgebundene Unternehmen in den letzten zehn Jahren (bitte nach Jahren und Art der Aufträge auflisten) sowie an nicht tarifgebundene Unternehmen und welche Maßnahmen ergreift sie, um der Tariffucht zumindest im Rahmen der öffentlichen Vergabe entgegenzuwirken und die Zahlung von Tariflöhnen zu stärken?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Nachdem das Festkleben auf Asphalt und Straßen zu den Hauptmerkmalen der sich weiter radikalierenden „Klimaextremisten“ gehört, frage ich die Staatsregierung, welche Klebstoffe ihrer Kenntnis nach seitens der „Klimaextremisten“ genutzt werden, wie wirken sich die genutzten Komponenten auf Straßen aus und welche Umweltschäden verursachen die verwendeten Haftmittel jeweils?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange ist die Fahrzeugflotte des bayrischen Rettungsdienstes im bekannten und regelmäßigen Einsatzaufkommen arbeitsfähig, wenn die regelhafte Versorgung über die bisherige Beschaffung mit Dieselkraftstoff zu 100 Prozent ausbleiben würde, wie stellt der Rettungsdienst seinen tägli-

chen Treibstoffbedarf außerhalb des normalen öffentlichen Tankstellennetzes sicher und hat der Rettungsdienst Treibstoffspeicheranlagen oder eigene Tankstellen zur Bevorratung von Diesel?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines angekündigten und durchgeführten Angriffs sogenannter Klima-Aktivist\*innen auf den Münchner Altstadttring-Verkehr am Montag, dem 05.12.2022 <sup>1</sup> frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie im Vorhinein ergriff, um diese angekündigten Straftaten zu verhindern, welche Auswirkungen die Straftaten auf den Straßenverkehr hatten (bitte, falls möglich, zeitliche Länge der Staus angeben) und inwieweit Rettungskräfte und Feuerwehr durch die Straftaten in ihrer Arbeit behindert wurden?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Hinweise vorliegen, dass der gegenwärtige russische Generalkonsul in München, Sergey Ganzha, unter Spionageverdacht steht (bitte hierbei Datum angeben, an dem dies bekannt wurde), ob sie diese Information(en) aus dem In- oder Ausland erhalten hat und wie sie darauf reagiert hat?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand zur Umsetzung des Umwandlungsverbots gemäß § 250 Baugesetzbuch (BauGB) in Bayern, weshalb wird als Grundlage für die sog. Gebietskulisse nicht das fortgeschriebene Gutachten des Instituts für Wohnen und Umwelt (IWU) zur bayerischen Mieterschutzverordnung und damit der Geltungsbereich der Gebietsbestimmungsverordnung Bau (GBestV-Bau) nach § 201a Satz 1 BauGB herangezogen, obwohl die Legaldefinition der Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten in § 201a Satz 3 und 4 BauGB identisch mit der Legaldefinition in § 556d Abs. 2 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sowie den Tatbestandsmerkmalen in den § 558 Abs. 3 Satz 2 und § 577a Abs. 2 Satz 1 BGB ist, und ist es zutreffend, dass bei Erlass einer Verordnung nach § 250 BauGB die zuständige Gemeinde über die Genehmigung im jeweiligen Fall entscheidet?

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist geplant, die im Maßnahmenpaket zum Schutz von Kulturgütern in Bayern in der Pressemitteilung vom 05.12.2022 genannten Mittel in Höhe von bis zu einer Million aus den in den im Haushalts-Entwurf für 2023 bestehenden, seit Jahren gleich hohen Mitteln des Kulturfonds Bayern, Bereich Kunst, zu entnehmen oder diesen Haushaltstitel entsprechen aufzustocken, welche zwei Maßnahmen sind neben der Koordinierungsstelle bei der Landesstelle für nichtstaatliche Museen, dem Sonderprogramm Museumssicherheit und den Mitteln für Investitionsmaßnahmen noch geplant und nach welchen inhaltlichen Kriterien wird entschieden, ob ein Exponat ganz, in Kopie oder nur in Teilen ausgestellt wird?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche populationsrelevanten Effekte ergeben sich nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen durch das Konkurrenzverhältnis zwischen Honigbienen und

---

<sup>1</sup> <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/letzte-generation-muenchen-stachus-klima-protest-1.5709411>

Wildbienen hinsichtlich der vorhandenen Nahrungsressourcen in natürlichen Lebensräumen, in denen durch Blühstreifen, Greening-Maßnahmen und Zwischenfrucht-Anbau ein deutlich größeres Blühangebot und mehr Diversität im Nahrungsangebot entstanden ist, was im wissenschaftlichen Diskurs in der Folge dazu geführt hat, dass einige Umwelt- und Naturschützer die Sorge geäußert haben, dass zu wenig Nahrungsangebot für Wildbienen und andere Insekten übrig bleiben könnte?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Studierende (in absoluten Zahlen und in Prozent) in Bayern ein Teilzeitstudium absolvieren (bitte aufschlüsseln nach Hochschulstandorten und Geschlecht), wie viele Studierende (bitte aufschlüsseln nach Hochschulstandorten und Geschlecht) seit dem Jahr 2000 ein Teilzeitstudium beendet haben (bitte aufschlüsseln nach erfolgreich / nicht erfolgreich) und welche Maßnahmen sie unternimmt, um ein Teilzeitstudium zu ermöglichen?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Kostensteigerung für die Frankenwaldbrücken frage ich die Staatsregierung, welche Auswirkungen die Kostenexplosion auf die Förderzusage bei der RÖFE-Forderung (RÖFE – Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen) hat, wann sie von der Kostensteigerung erfahren hat und welche Gespräche zur weiteren Förderung zwischen Staatsregierung und Landkreis Hof seit Bekanntwerden der Kostensteigerung stattfanden (bitte Datum und Gesprächsteilnehmer angeben)?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Nachdem die Gespräche auf Bund-Länder-Ebene zur Fortführung des Förderprogramms „Sprach-Kitas“ abgeschlossen sind, frage ich die Staatsregierung, wird sie zur Fortsetzung der Sprach-Kitas in Bayern nur die Gelder aus dem Bundes-Kitaqualitätsgesetz einsetzen oder auch Landesgelder aufbringen (bitte mit Angabe der jeweiligen Höhe, falls möglich), in welchem Ausmaß kann damit das Sprach-Kita-Programm in seiner bisherigen Form weitergeführt werden und falls die Gelder des Bundes eingesetzt werden, welche andere Maßnahme, die bisher aus den Geldern des Gute-Kita-Gesetzes bezahlt wird, kann damit ggfs. nicht mehr weitergeführt bzw. muss gekürzt werden?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo im Konkreten soll(en) die Wasserstoff-Pipeline(s) aus Kroatien, Slowenien, Italien über Österreich nach und in Bayern verlaufen, welche geschätzten Kosten wird der Bau der Wasserstoff-Pipeline(s) in Anspruch nehmen und welcher Zeitraum ist für die früheste Inbetriebnahme vorgesehen?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gab es zum aktuellsten Stichtag im Jahr 2022 an den Finanzämtern, wie viele davon waren tatsächlich mit Arbeitskräften besetzt und wie viele davon waren nicht mit Beamtinnen und Beamten sowie Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt (bitte mit Angabe von Gründen, z. B. Ausbildung von Anwärtnerinnen und Anwärtern, Abordnungen, Altersteilzeit, Wiederbesetzungssperre weiteres)?

**Berthold Rütth**  
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Holzrechtler gibt es im Spessart, wie viele dieser Berechtigten haben in den letzten fünf Jahren ihre Holzrechte tatsächlich ausgeübt und wie viele Ster Holz in diesem Zusammenhang an die Holzrechtler abgegeben wurden inklusive des Brennholzes, das von den Staatsforsten im Spessart verkauft wurde (bitte in diesem Zusammenhang Anzahl der betroffenen Holzrechte angeben, die von einem geplanten Biosphärenreservat im Spessart betroffen wären)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinderintensivbetten stehen in den oberfränkischen Kliniken zur Verfügung (bitte nach belegt und frei aufschlüsseln), wie viele Behandlungsbedürftige Kinder mussten seit Beginn dieses Jahres in oberfränkischen Kliniken abgewiesen und in andere Regierungsbezirke verlegt werden und stehen nach Meinung der Staatsregierung im Regierungsbezirk Oberfranken genügend Kinderintensivbetten zur Verfügung, um in der aktuellen RSV-Situation alle Patienten schnell und angemessen aufnehmen und versorgen zu können?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Plan- bzw. Projektstellen sind für die Heimatagenturen bei den Bezirksregierungen geschaffen worden, welche Aufgabenbereiche decken sie ab und um die Außer-Haus-Verpflegung welcher Einrichtungen geht es?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie auch vor dem Hintergrund des nun bereits vom Bundestag beschlossenen und aller Wahrscheinlichkeit nach zum 01.01.2023 in Kraft tretenden neuen Chancenaufenthaltsrechts für langjährig Geduldete (§ 104c Aufenthaltsgesetz – AufenthG neu) und des kürzlich wieder in Erscheinung getretenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1999 weiterhin die kommende Gesetzeslage ignorieren und auch im laufenden Monat Duldungen nicht mehr verlängern oder entziehen, ist sie bereit Fälle von langjährig Geduldeten, denen im letzten Quartal des Jahres 2022 die Duldung nicht mehr verlängert oder entzogen wurde, nachträglich auf den Prüfstand zu stellen und ggf. nachträglich einen ununterbrochenen Duldungszustand herzustellen, wenn diese Personen ansonsten unter das neue Chancenaufenthaltsrecht fallen würden und fällt ein ununterbrochen Gestatteter/Geduldeter, der nachweislich am 26.10.2017 in die Bundesrepublik eingereist ist, seine erste Gestattung aber erst am 03.11.2017 ausgestellt bekommen hat, aus Sicht der Staatsregierung unter das neue Chancenaufenthaltsrecht (vorausgesetzt er erfüllt alle weiteren Voraussetzungen)?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden die vorläufigen Zuteilunganteile an alle Präsidien und die Bereitschaftspolizei veröffentlicht, wie viele Beamtinnen und Beamten werden in welches Präsidium sowie zur Bereitschaftspolizei und wie viele in die mo-

bile Reserve verteilt (bitte Auflisten nach Präsidien und für die Bereitschaftspolizei)?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Notarztstandorte in der Oberpfalz aufgrund der Studie des Instituts für Notfallmedizin und Medizinmanagement des Klinikums der Universität München („Notarztstudie 2021“), die vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in Auftrag gegeben wurde, ersatzlos gestrichen werden sollen, inwiefern sie eine Umsetzung der Ergebnisse der Studie erwägt, die zu Veränderungen der berechneten Fahrzeit bei Anwendung des Planungsszenarios führen würden, und wie trotz der etwaigen Schließung des Notarztstandortes Waldsassen sowie der bereits erfolgten Schließungen der Rettungswache und des Krankenhauses in Waldsassen für die Bürgerinnen bzw. Bürger des Landkreises Tirschenreuth eine flächendeckende medizinische Versorgung bei akuten Notfällen sichergestellt werden kann?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen/Personalstunden für Öffentlichkeitsarbeit werden und wurden seit 2020 an den bayerischen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) neu geschaffen bzw. entstehen/entstanden durch Stellenverlagerungen innerhalb der Ämter; und wie viele Stellen/Personalstunden, insbesondere im operativen Geschäft bzw. in der Beratung, gingen und gehen durch die Zusammenlegung einiger ÄELF oder durch Verlagerung in andere Bereiche verloren?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum wird dem Obersten Rechnungshof (ORH) nur eine stark eingeschränkte Kontrollfunktion beim bereits verabschiedeten Hochschulinnovationsgesetz eingeräumt, wieso hat sie nicht auf den Brandbrief des Präsidenten des ORH vom 24.10.2022 an Staatsminister Markus Blume reagiert und sofort die notwendigen Änderungen in der Neufassung des Bayerisches Universitätsklinikgesetzes (BayUniKlinG) umgesetzt und beabsichtigt sie auch in weiteren Gesetzesentwürfen dieser Legislaturperiode die Finanzkontrolle des ORH zu beschneiden?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund zum anstehenden Beschluss des zweiten Evaluationsbericht der Bundesregierung zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) frage ich die Staatsregierung, inwiefern Carbon Capture Use and Storage (CCUS) in den flankierenden Klimaschutzmaßnahmen zum aktuellen Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) eine Rolle spielt, welche Pläne sie zur Infrastruktur für den Transport von CO<sub>2</sub> an die neu entstehenden Flüssiggasterminals an Nord- und Ostsee, die als CO<sub>2</sub>-Export-Terminals geplant sind, hat und inwiefern sie die betroffenen Industrien in Bayern in ihre Pläne miteinbezieht?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem sich Bayern als erstes und bisher einziges Bundesland zum Ziel gesetzt hat, bis 2040 klimaneutral zu werden, frage ich die Staatsregierung, was genau der Freistaat unternimmt, um die sechs Sofortmaßnahmen im Rahmen von „Sustainable Bavaria“ umzusetzen, welche Maßnahmen in den sechs Handlungsberei-

chen jeweils geplant sind bzw. bereits laufen und bis wann die Sofortmaßnahmen umgesetzt werden sollen?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass Pflegeeinrichtungen nach dem FAQ des GKV SV (Nr.12, S. /2022\_04\_13\_Pflege\_Corona\_FAQ\_Rettungsschirm\_10.0.pdf <sup>1</sup>) aufgefordert waren, eventuell erhaltene Soforthilfe des Bundes und der Länder mit dem Antrag nach § 150 Abs. 2 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) in Abzug zu bringen und es auf der Online-Rückmelde-Plattform nicht möglich ist, entsprechende Nachweise und Eingaben hochzuladen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Fälle der Corona-Soforthilfe sind von der geschilderten Problematik betroffen, inwieweit will die Staatsregierung Möglichkeiten schaffen, dass Einrichtungen und Dienste, die Soforthilfe erhalten haben, im Rückmeldeverfahren einfach und nutzerfreundlich (z. B. mit Upload der Anträge und Zahlungsavise) nachweisen können, dass sie diese gemäß den Vorgaben in Abzug gebracht haben, inwieweit plant sie für Pflegeeinrichtungen aufgrund der geschilderten Situation eine Ausnahme von der regulären Teilnahme am Rückmeldeverfahren?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden die Nutzer der Kleingärten und der Gaststätte auf dem Gelände des ehemaligen Vereins Concordia e. V. an der Landshuter Allee in München die dringend benötigte Zusage zur Interimsnutzung erhalten, wird diese Zusage ggf. noch im Jahr 2022 erteilt werden und was ist der Sachstand zur langfristigen Planung auf dem Gelände?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Zahl der Bußgeldverfahren, die im Zusammenhang mit der unwirksamen Ausgangsbeschränkung im Zeitrahmen vom 1. April bis 19. April 2020 von den Kreisverwaltungsbehörden erlassen worden sind und führt die nachträgliche gerichtliche Feststellung der Unwirksamkeit der Ausgangsbeschränkungen dazu, dass die Betroffenen einen Anspruch auf die Wiederaufnahme ihrer Verfahren, Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand und auf die Rückzahlung der geleisteten Bußgelder haben?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie das aktuell bei Trinkwasseruntersuchungen im Landkreis Altötting festgestellte Vorkommen von HFPO-DA, das auch bekannt ist als „GenX“ und als Ersatz für die nicht mehr zugelassene Perfluoroktansäure (PFOA) entwickelt wurde, welche Maßnahmen werden von der Staatsregierung veranlasst um einen weiteren Eintrag ins Trinkwasser zu verhindern (bitte akute Maßnahmen vor Ort und Maßnahmen generell nennen) und welche Bedeutung hat das Vorkommen für die betroffene Bevölkerung?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden die Mittel im Haushaltsentwurf 2023 für das 10 000-Häuser-Programm um 14,5 Mio. Euro gekürzt, wieviel wurde im laufenden Jahr ausgegeben und ab wann wurde ein Förderstopp im laufenden Jahr auf-

---

<sup>1</sup> <https://www.gkv-spitzenverband.de>

grund ausgeschöpfter Mittel im 10 000 Häuser Programm ausgesprochen?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass der Freistaat Bayern als Eigentümer der Ateliergemeinschaft in der Marienstraße 23 in Nürnberg am 24.07.2020 gekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, welche Planungen sie mit dem leerstehenden Haus verfolgt und warum diese Räumlichkeiten nicht erneut für ein Atelier zur Verfügung gestellt werden können?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist eine Antragstellung auf Gelder aus dem bayerischen Härtefallfonds möglich, den Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits im September öffentlichkeitswirksam ausgelobt hat und der sich, je nach Aussage verschiedener Regierungsmitglieder, zwischen 500 Mio. und 1,5 Mrd. Euro bewegt, wie sehen die Antragsmodalitäten im Einzelnen aus und auf welcher rechtlichen Grundlage basieren die Aussagen von Mitgliedern der CSU-Fraktion im Rahmen der Aktuellen Stunde des Plenums am 01.12.2022, dass zunächst Hilfen des Bundes abgewartet werden müssen und der Bund die primäre Verantwortung für die Bewältigung der derzeitigen Krise trägt (siehe Antwort auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian Siekmann vom 08.11.22 – Drs. 18/25070), obgleich die Bereiche, für die die Hilfen gedacht sind – wie z. B. der Breiten- und der Nachwuchsleistungssport, die Kultur (Musikvereine, Theatergruppen, kommunale Kultureinrichtungen, freie Kulturschaffende u. v. a.) und die Erinnerungskultur – sich doch originär in der Zuständigkeit des Freistaates befinden?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie den derzeitigen Personalschlüssel in stationären Pflegeeinrichtungen im Vergleich zu anderen Bundesländern, wie schätzt sie die Bestrebungen der bayerischen Bezirke in der Pflegesatzkommission ein, den Personalschlüssel zu senken und welche Maßnahmen hält sie für indiziert, das Niveau des Personalschlüssels zu halten?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sieht sie, das Modellprojekt „Post-COVID Kids Bavaria“ über das Jahresende 2022 hinaus fortzusetzen, welche konkreten Schritte hat sie dafür schon eingeleitet und welches finanzielle Volumen steht dafür zur Verfügung?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele illegale Grenzübertritte konnten in der Region 18 (Süd-Ost-Oberbayern) seit Beginn des Jahres 2022 festgestellt werden, wie viele davon von der Landespolizei und wie viele davon von der bayerischen Grenzpolizei (bitte jeweils nach Kalenderwoche und Landkreis des Aufgriffs auflisten)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte in den letzten 20 Jahren in Bayern entwickelt (bitte möglichst regional auflisten), in welchen Kommunen gibt es kein Lebensmitteleinzelhandelsgeschäft (bitte regionalisiert aufschlüsseln) und wie viele Einzelhandelsbetriebe

oder Agglomerationen mit mehr als 800 Quadratmeter wurden seit Inkrafttreten des Landesentwicklungsprogramm (LEP) 2013 außerhalb Zentraler Orte realisiert (bitte regionalisiert aufschlüsseln)?